67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 7gespalt. Zeile 8,00 M. Reklameteil 20,— M. Stellungsuchende 2 Mark

Alle besondere Beilagen erscheinen: Zinsscheinkalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Nennungslisten, Ziehungslisten der Preußischen Staatsklassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 357.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich M. — Mk., monatlich 12,— Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr. des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug auf unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: «Börsenkrone» | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Mittwoch, 3. August 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Rosen an Laurent.

rw Merkwürdigerweise ist die englische Presse jetzt zuerst in der Lage, die neuerliche Mitteilung des deutschen Reichsministers des Aeußeren Dr. Rosen an den französischen Botschafter in Berlin im Wortlaut mitzuteilen. Nach dem „Manchester Guardian" hatte sie folgenden Wortlaut (in der Rückübersetzung aus dem Englischen):

„Ich bin jetzt in der Lage, Ihnen den Standpunkt mitzuteilen, den die deutsche Regierung in der Frage der Besörderung einer französischen Division durch Deutschland hindurch einnimmt, die den Gegenstand verschiedener Erörterungen gebildet hat. Die deutsche Regierung hat, gemäß dem von Ew. Exzellenz zum Ausdruck gebrachten Wunsche, keineswegs die Absicht, diese Frage lediglich vom juristischen Standpunkt aus zu behandeln. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Oberste Rat in einigen Tagen zusammentreten wird und über diese Frage verhandeln will. Die deutsche Regierung zögert nicht, hierdurch festzustellen, daß sie die Entscheidung des Obersten Rates anerkennen wird."

Der „Manchester Guardian" fügt hinzu, daß man in Londoner Regierungskreisen diese deutsche Mitteilung so auslege, daß Deutschland, das nach dem Vertrag von Versailles berechtigt sei, den französischen Anspruch auf Beförderung von Truppen zurückzuweisen, bereit sei, das, was es als Bruch des Vertrages ansehe, der Entscheidung der anderen beteiligten Mächte zu unterstellen. Weiter verstehe man die deutsche Auffassung dahin, daß eine Unterwerfung unter die Entscheidung einer einzelnen Macht gleichbedeutend wäre mit Zerreißung des Vertrages.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die von Frankreich in die Welt gesetzte Notiert, als hätte Großbritannien irgendwie die deutsche Haltung beeinflußt, an amtlicher Londoner Stelle als „vollkommen falsch" bezeichnet worden sei.

Englands Vertreter in Paris.

Paris, 2. August.

Der Londoner Korrespondent des „New York Herald" teilt mit, daß außer Lloyd George an den Verhandlungen des Obersten Rates Lord Curzon, Lord Hardinge und Feldmarschall Wilson teilnehmen würden. Der Korrespondent berichtet weiter, trotz der optimistischen Haltung, die Lloyd George gestern zur Schau getragen habe, heiße es, er sei sich vollkommen bewußt, daß hinter mehreren Punkten der Tagesordnung viel Explosionsstoff verborgen sei. Er beabsichtige, auf jeden Fall in Paris dabei zu sein. Selbst wenn die irische Frage diese Woche gelöst werden sollte, sei es wahrscheinlich, daß die bekanntgabe dieser Regelung bis zur Rückkehr des Premierministers aufgeschoben werde.

Das Programm des Obersten Rates.

EE **Paris**, 2. August.

Die Tagesordnung des Obersten Rates steht noch nicht fest. In London hält man es für zweifelhaft, ob auch die albanische Frage erörtert werde. Dagegen wird höchstwahrscheinlich die Hungersnot in Rußland Gegenstand der Debatten sein, auch das Orientproblem wird voraussichtlich besprochen werden, desgleichen die Reparationsfrage, die Aufteilung der von Deutschland gezahlten Entschädigungssummen, die jetzt in den Staatsbanken der alliierten Länder niedergelegt sind. Einer Reutermeldung zufolge würde man in London wünschen, daß die Tagung des Obersten Rates nur einige Tage in Anspruch nehme, aber man erklärt, daß die Tagesordnung so reichhaltig sei, daß Lloyd George sich wohl entschließen müsse, nur den Beratungen über Oberschlesien beizuwohnen und dann nach London zurückzureisen um sich mit der irischen Frage zu beschäftigen. In den weiteren Sitzungen des Obersten Rates würde Lloyd Curzon als Vertreter Englands fungieren.

Paris, 2. August.

Dem „Temps" zufolge soll die mit der Prüfung der oberschlesischen Frage beschäftigte Sachverständigenkommission spätestens bis zum 7. August ihre Arbeiten abgeschlossen haben.

Die oberschlesische Frage vor der Dominion-Konferenz.

EE **London**, 2. August.

Reuter erfährt, daß gestern eine Versammlung der Ministerpräsidenten der Dominions in der Downing-street stattfand. Man glaubt zu wissen, daß die oberschlesische Frage geprüft wurde.

Die Verteilung der deutschen Entschädigung.

Konferenz der alliierten Finanzminister.

Paris, 2. August.

Die bereits mehrmals angesagte Konferenz der alliierten Finanzminister wird Anfang nächster Woche, wahrscheinlich kommenden Dienstag in Paris zusammentreten. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht die Verteilung der deutschen Entschädigung.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 2. August.

Die Reparationskommission hat den Grundsatz aufgestellt, daß die Alliierten hinsichtlich der nach dem Friedensvertrag von Deutschland zu liefernden Kohlen berechtigt sind, die einzelnen Qualitäten der Kohlen in demselben Verhältnis zu einander zu verlangen, wie sie in Deutschland selbst verbraucht werden. Außerdem dürfen nach einem Beschluß der Kommission die Alliierten gewisse Kohlensorten, für die sie kein Bedürfnis zu haben glauben, durch andere austauschen lassen.

Nach einer Mitteilung des „Temps" hegt das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten seit längerer Zeit den Plan, zwischen den französischen Verbrauchern und dem deutschen Syndikat direkte Beziehungen herzustellen und hat bereits eine Zusammenkunft zwischen den beiderseitigen Vertretern veranlaßt. Die Kohlenlieferungen sollen jedoch unter Kontrolle des Bureaus der geschädigten Kohlengruben bleiben, um Uebersteuerung und ungleichmäßige Behandlung der verschiedenen Verbraucher-gruppen zu vermeiden.

Der Reichskanzler über Oberschlesien und das deutsche Wirtschaftsleben.

Rede Dr. Wirths in der Bremer Börse.

Bremen, 2. August.

In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach heute der Reichskanzler Wirth über die wirtschaftliche und politische Lage. In kurzen Begrüßungsworten drückte der Präsident der Handelskammer Abelshäuser die Freude aus, den süddeutschen Landsmann und höchsten Beamten des Reichs in Bremen zu sehen, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hansestadt am Weserstrom und damit für die kommerzielle Weltstellung Deutschlands bekunde. Die Stunde sei überaus ernst. Viele der Gegner versuchten, das deutsche Streben, durch Arbeit und Pflichterfüllung wieder emporzukommen, neuerlich zu vereiteln. Bremens Bürgerschaft sei bereit, sich um die Reichsregierung zu scharen und mit ihr in die Welt hinauszurufen: Das deutsche Volk will sein gutes Recht, nicht mehr. Hierauf ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Losung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit! Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Ueberzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Gesundung des Welthandels sein. Dieses Wiederaufblühen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechtes, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechts begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüberkommt.

Mit Dankbarkeit hören wir, daß aus dem Munde fremder Staatsmänner der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre

eine Sabotage des großen demokratischen Ideals der Welt,

wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korfantys in Oberschlesien zur Geltung käme. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: Achtet den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergange weihen wollt. Sieben Jahre sind dahingegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatums. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörung über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwarr hindurchgeführt werden. Todesschatten lagern über dem Kontinent, der der Bringer des Lichtes und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Leider regieren in Warschau polnische Leidenschaften und grenzenloser Hochmut, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtseinrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiel. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Lage gehabt als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft muß zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Verteidigung der großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet sind von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geleitet von dem Gedanken der Arbeit, des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden.

*

Bremen, 2. August.

Der Reichskanzler, der heute früh hier eingetroffen war, unternahm nach einem in den Vormittagsstunden der A.G. Weser-Werft abgestatteten Besuche eine Fahrtwoserabwärts, an der einige Mitglieder des Senats, der Verwaltung der A.G. Weser, der Handelskammer, sowie Vertreter der Presse teilnahmen. Nach der öffentlichen Versammlung im großen Saale der Börse nahm der Reichskanzler auf Einladung des Senats das Abendessen im engeren Kreise des Senats, der Handelskammer, der A.G. Weser und einiger anderer geladener Herren ein. Die Rückreise nach Berlin wird Dr. Wirth voraussichtlich schon nachts antreten.

Kriegshetze in Oberschlesien.

Kattowitz, 1. August.

Der von Korfanty gegründete und getreulich in seinen Bahnen wandelnde „Polak" stellt die gegenwärtige Lage bezüglich Oberschlesiens in einem Artikel „Der Oberste Rat" wie folgt dar:

Den strittigen Gegenstand werden, wie es scheint, hauptsächlich Hindenburg und Gleiwitz darstellen. Außerdem wird noch ein Kampf um die Kreise Lublinitz, Tost-Gleiwitz-Strehlitz und Tarnowitz ausgefochten sein, die England den Deutschen für die Städte Kattowitz, Beuthen und Königshütte geben will, wo die Deutschen eine Stimmenmehrheit erhalten haben. Es wird Sache der polnischen Regierung sein, dazu auch über Teile der Kreise Ratibor, Cosel und Oppeln und die Kreuzburger Eisenbahnlinie verhandelt wird.

Diese Darstellung spekuliert natürlich auf das schlechte Gedächtnis der Wetzlwielen, die nicht wissen, daß alle großen Industriegemeinden für Deutschland gestimmt haben. In Wirklichkeit haben die Polen keinerlei Rechtsgründe für die Zuteilung Oberschlesiens an den polnischen Staat, weder aus der Abstimmung, noch aus der Geschichte, noch aus der Volkswirtschaft. Sie appellieren denn auch jetzt schon und zwar für den Fall, daß Frankreich im Obersten Rat nicht durchdringen sollte, an die Gewalt. Frankreich sei „bereit, das oberschlesische Arsenal den Deutschen zu verweigern, da es andernfalls sich selbst und seinen polnischen Verbündeten das Todesurteil schreiben würde." Alle Befürchtungen, Frankreich könne auf der Konferenz des Obersten Rates unterliegen, seien überflüssig.

Im Gegenteil — schreibt der „Polak" — alles spricht dafür, daß es sich im Falle eines entschiedenen Widerstandes von seiten Englands entschließen wird, mit Waffengewalt seine Erfüllung zu sichern. Vom geeigneten Augenblicke Gebrauch machend, wo die Deutschen durch den letzten Krieg geschwächt sind und dem Gedankengang der französischen Staatsmänner folgend, die oft erklärten, daß es letzter ist, die kreuzritterliche Bestie in der Agonie zu töten, als einige Jahre später, wenn sie die Besinnung wiedererlangt haben wird.

Es ist klar, daß auch Polen als Verbündeter Frankreichs, vor allem aber, weil es am stärksten unmittelbar berührt ist, sich diesem Entschluß anschließen würde.

Schwer würde für die sich wiederaufrichtende polnische Republik ein neuer Krieg sein. Wenn er aber unvermeidlich ist (!), so ist es besser, ihn jetzt auszufechten, wo man des Sieges sicher ist, als durch Verzögerung seinen Schrecken nur noch zu vergrößern, die Aussichten auf Erfolg aber zu verringern. Denn heute erfreut sich Polen dank der Machtlosigkeit, der Krankheiten und des Hungers Sowjetrußlands und seines Bündnisses mit Rumänien einer Bewegungsfreiheit, die einige Jahre später schwerer zu erlangen sein würde, wenn das Bündnis Deutschlands mit Rußland und die gesteigerten Rüstungen sogar unsere Unabhängigkeit bedrohen würden.

Es ist vielleicht nicht ganz überflüssig, daß diese unerhörte Kriegshetze oder, besser noch, diese infame Aufforderung zum Leichenraub an dem darniederliegenden Deutschland und zur gewaltsamen Korrektur der Erfüllung des Versailler Vertrages in Oberschlesien unter den Augen des französischen Zensors in Kattowitz geschrieben worden ist. Vielleicht ist es aber doch recht gut, daß dieses schöne polnisch-französische Bekenntnis der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten geblieben ist. So weiß England wenigstens, welchem Zweck die von Frankreich nach Oberschlesien gewünschte Truppenverstärkung dienen soll, und es kann die Mittel seiner Diplomatie, diese Truppensendung nach Oberschlesien und damit unübersehbares Unglück zu verhindern, rechtzeitig zu unbeugsamer Weigerung verstärken.

Die Polen hindern die Lebensmittelzufuhr.

Ratibor, 2. August.

Gestern fanden an den Grubenplätzen im Rybniker Revier zahlreiche Polenversammlungen statt. Gegen die Stadt Ratibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüse, auf den Ratiborer Markt bringen. Die Stadtbevölkerung ist dadurch in große Unruhe versetzt worden.

Amerikas Sonderfriede mit Deutschland.

London, 2. August.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post" erfährt aus gut unterrichteter, aber nicht amtlicher Quelle, daß die Washingtoner Regierung, bevor sie Deutschland die Eröffnung von Verhandlungen über einen Sonderfrieden vorschlug, mit den Hauptsignatarmächten des Versailler Vertrages offizios Besprechungen gepflogen habe, um sich zu vergewissern, daß sie in dem Abschluß dieses Vertrags durch die Vereinigten Staaten keine Schwierigkeit sähen. Anlaß hierzu habe der Umstand gegeben, daß der Vertrag mit Deutschland die den Vereinigten Staaten auf Grund der wirtschaftlichen und Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages zustehenden Rechte und Privilegien umfassen werde. Der Korrespondent fügt hinzu, die Alliierten hätten natürlich keinerlei Einwendungen erhoben.

*

London, 2. August.

„orning Post" zufolge will Harding den Gedanken, den Senat zur Annahme des Versailler Friedensvertrages zu bewegen, endgültig aufgeben.

Die amerikanische Handelskammerabordnung.

Paris, 2. August.

Briand empfing heute vormittag eine amerikanische Abordnung der internationalen Handelskammer, die eben erst von einer Reise durch Deutschland zurückgekehrt ist und gestern mit Doumer und Loucheur Besprechungen gehabt hat. Man glaubt, daß im Laufe dieser Besprechungen folgende Fragen angeschnitten worden sind: Festsetzung der deutschen Schuld, Regelung der interalliierten Schulden, Stabilisierung der Wechselkurse in Mitteleuropa.

Kleine Nachrichten.

Der neue sächsische Justizminister Dr. Zeichner hat gestern sein Amt angetreten.

*

Seit dem 1. August sind in den Kreisen Eupen und Malmedy die belgischen Briefmarken eingeführt worden.

*

An den nächsten belgischen Parlamentswahlen dürfen nur solche Einwohner von Eupen und Malmedy teilnehmen, die vor dem 1. August 1914 in Belgien ansässig waren.

*

Monsignore Feretti, der apostolische Nuntius, ist aus Rom in Paris eingetroffen.

*

Aus Madrid wird gemeldet: Die spanische Garnison befreite mit beispiellosser Tapferkeit die abgeschnittene, kaum noch wiederstehende Garnison von Nador südlich Melilla.

Der Auslandsdeutsche als Erzieher.

Die Bedeutung und das Problem des Auslandsdeutschen ist schon von Bismarck, wenn auch begreiflicherweise in seiner späteren Zeit vor allem richtig erkannt worden. „Wenn alle Hamburger und Berliner", so sagte er in einer Rede 1895, die heutzutage in Südamerika leben, heimkehren wollten, so würde ich das für viel verhängnisvoller halten, als wenn alle amtlichen Vertreter verschwänden in jenen Ländern. Ich halte den überseeischen Kaufmann für einen zuverlässigen und bequemeren Vertreter nicht blos nach unten, sondern auch nach oben, als — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — den amtlichen." Bereits 1867 im norddeutschen Abgeordnetenhaus hatte er nach Verlesung einer Adresse Deutscher in Südamerika, die damals noch reichlich skeptischen Parlamentarier gefragt: Ist Ihnen das nichts wert, zu hören, daß unsere Landsleute in so fernen Gegenden jetzt mit uns stolz auf das Vaterland blicken und mit Selbstgefühl sagen: „Wir sind Deutsche", während sie früher verschämt die Augen niederschlugen." Nur mit bitterer Wehmut wird man heute diesen stolzen Appell an ein deutsches Volks- und Weltgefühl lesen. Dazwischen liegt ja der staunenswerte gewaltige Machtaufstieg des deutschen Kaiserreiches, der einem angelsächsischen Beobachter, dem Admiral Beveridge, schon um 1900 nach einer Reise in Ostasien den mißgünstigen Alarmruf ausstoßen ließ: „Germany is in the air", „Deutschland ist in der Luft." Und dazwischen liegt dann der noch immer unbegreifliche furchtbare deutsche Zusammenbruch, der nach dem Anprall einer ganzen Welt von Feinden gegen das Deutsche Reich auch in fast allen Erdteilen die in Jahrzehnten mühsam gesammelte Ernte des Auslandsdeutschtums zerstört oder doch niedergedrückt hat.

Gerade darum aber, weil wir vor der schweren Aufgabe des Wiederaufbaus zerrümmerten Volksguts und zertrümmerter Wirtschaftskraft stehen, müssen die Deutschen daheim und draußen, mehr denn je, nach fruchtbarer Zusammen- und Ergänzungsarbeit streben. Trotz aller Hindernisse, welche der ebenso grausame wie unvernünftige Versailler Vertrag unserem Wiedereintritt in den Weltverkehr schafft, trotz der französischen Raub- und Quälpolitik und trotz der noch immer über weiten Kreisen der fremden Völker lagernden Nebelschwaden der Kriegsverhetzung und Kriegsverleumdung muß und wird das deutsche Volk den ihm gebührenden Platz in der Welt, wenn auch sehr langsam und nur bei äußerster Anstrengung und tatlvoller Klugheit wieder erlangen.

Und auf den gerade unter den heutigen Verhältnissen wichtigen Faktor, draußen wieder zur Geltung zu kommen, hat Bismarck wiederholt hingewiesen: „Jede Anerkennung, welche die persönlichen Eigenschaften eines Deutschen im Auslande finden, kann für uns nur erfreulich und nützlich sein" (1884) und zehn Jahre später in der oben bereits gezeigten Gedankenverbindung: „Die wirksame Erhaltung der Wechselwirkung zwischen Gesamtamerika und Europa beruht hauptsächlich auf unserem gebildeten Kaufmannsstande." Die Einsicht in die Bedeutung des Auslandsdeutschtums war denn auch in den letzten Jahren vor dem Kriege in der Heimat in erfreulichem Maße gewachsen und umgekehrt wird niemand, der in jener Zeit hervorragende Stätten des Auslandsdeutschtums besuchen durfte, ob in Europa, Südafrika oder besonders Südamerika und Ostasien, jemals die Hochstimmung vergessen, die bei festlichen Veranstaltungen in den deutschen Vereinshäusern, Schulen und Familien herrschte und ebensowenig den eigenen dankbaren Stolz, mit dem er auf die von unseren Landsleuten geleistete Arbeit schauen konnte, Arbeit zum Nutzen ihrer selbst, der neuen Heimat und der großen deutschen Volksgemeinschaft.

Am spätesten und am widerwilligsten hat daheim die alte Bureaukratie Wert und Stellung des Auslandsdeutschtums anerkannt. Doch wir wollen um Vergangenes nicht rechten — Verlust der Staatsangehörigkeit, Konsulatswesen —, sondern auch hier die Erwartung aussprechen, daß das neue Reich aus den Erfahrungen der Vergangenheit und aus den Nöten der Gegenwart heraus die Bedeutung der Volksgemeinschaft auch mit den Auslandsdeutschen und ihres unentbehrlichen Pionierstums für Deutschlands Industrie, Handel und Kultur praktisch erfaßt und berücksichtigt. Außer den Entschädigungen der Kriegsopfer wären eine Reihe kleinerer Maßnahmen (Stipendien für junge Auslandsdeutsche) zu erwägen, um die Beziehungen zwischen drinnen und draußen möglichst eng und zweckdienlich zu gestalten. Außerordentlich wichtig und erfreulich ist dann aber, daß nun auch unter den Auslandsdeutschen selbst die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit stärker geworden ist. Das gilt besonders für unsere Volksgenossen in Südamerika, die überhaupt wohl das beste Beispiel dafür geben, wie der Auslandsdeutsche in der Zukunft, während er für sich und die neue Heimat fruchtbare Arbeit leistet, ein treues und besonders wertvolles Glied der großen deutschen Volksgemeinschaft bleiben kann.

Die jetzt im 53. Jahrgang erscheinende hochangesehene „Deutsche La Plata Zeitung" in Buenos Aires brachte so in einer Sonntagsnummer des Juni einen mehrspaltigen Leitartikel „Der Auslandsdeutsche", der das Problem von „drüben" aus anschaut, die vielfachen Schwierigkeiten erkennen läßt, die der jähe und gründliche innere Umsturz in Deutschland für den Deutschen draußen bei seiner Beurteilung und Haltung geschaffen hat, dann aber mit Recht betont, daß gerade darum die Hauptpflicht des Auslandsdeutschem seinem alten Vaterlande gegenüber nicht eine parteipolitische Stellungnahme oder Kritik, sondern die aktive Bereitschaft ist, ihm bei der schweren Wiederaufbauarbeit und Wiedereintritt in den Weltverkehr mit seinen Fähigkeiten und Kenntnissen zu unterstützen.

Wie das praktisch gemeint, zeigt etwa folgender Abschnitt: „Um sich aber klar zu machen, von wie falschen Voraussetzungen in vielen Fällen die öffentliche Meinung in Deutschlands Politik, das heißt namentlich äußere Politik, treibt, erinnere man sich nur an die Erörterungen darüber, ob der nordamerikanische Präsidentschaftskandidat Harding oder ob Präsident Irigoyen „deutschfreundlich" seien oder nicht. Selbstverständlich ist diese Frage von den großen deutschen Zeitungen und den deutschen Politikern niemals in dieser krassen Form gestellt worden. Das ist offenbar nur in den privaten Unterhaltungen über politische Fragen geschehen, welche in Deutschland wie in allen anderen Ländern bei den jetzigen Zeitläuften die Mehrzahl aller Ge-